

weiterhin derart minimal, daß sie nicht einmal erwähnt wird.

TAIWAN

(56) Verhandlungen zwischen Peking und Taipei ?

Am 6.11. meldete die japanische Zeitung Asahi Shimbun unter Berufung auf ausländische Quellen in der chinesischen Hauptstadt, daß Vertreter Taipeis vor kurzem durch die Vermittlung des US Außenministers Kissinger in Peking mit hohen Funktionären zusammengetroffen seien, um über die Angliederung Taiwans an die chinesische Volksrepublik zu verhandeln. Wie das Blatt schreibt, beschränkte sich ein Sprecher der Presseabteilung im Peking Außenministerium bei einer entsprechenden Anfrage auf die Auskunft, er werde sich "die Frage notieren". Nach den Informationen des Asahi-Korrespondenten schlugen drei Beauftragte des Ministerpräsidenten Chiang Ching-kuo bei ihren Verhandlungen in Peking vor, daß Taiwan zwar einen Teil seiner Autonomie abgeben, aber auf alle Fälle seine eigenen Streitkräfte behalten wolle. Mit Ausnahme der Beibehaltung seiner eigenen Armee seien die taiwanesischen Vorschläge in Peking im großen und ganzen als Verhandlungsgrundlage akzeptiert worden. Zu den Unterhändlern aus Taipei soll eine "ranghohe Persönlichkeit" gehört haben.

Taipei dementiert diese Gerüchte: Der Generaldirektor des Staatlichen Informationsbüros in Taipei bezeichnete den japanischen Zeitungsbericht am 7.11. als gegenstandslos und bekräftigte gleichzeitig die antikommunistische Einstellung seiner Regierung. Peking habe diese "Täuschungsmanöver" möglicherweise in die Wege geleitet, um die künftige Regierungsmannschaft des gewählten US-Präsidenten Jimmy Carter auf eine falsche Fährte zu locken. Auch wolle man vor dem bevorstehenden Parteitag der Kuomintang Verwirrung stiften.

Auch Washington dementierte. Unter anderem hatte es in dem Bericht von Asahi geheißen, daß "unbestätigten Berichten zufolge" Kissinger zusammen mit dem Ministerpräsidenten von Taiwan, Chiang Ching-kuo, Peking besucht habe. Zumindest von einem Besuch Kissingers sei dem State Department nichts bekannt (IHT, 8.11.76).

Nur Peking, dem solche Gerüchte durchaus recht sein können, hüllte sich in Schweigen.

Mit dem Tode zweier chinesischer Protagonisten, die sich fast fünfzig Jahre lang bekämpft haben, Mao Tse-tung und Chiang Kai-shek, wären für Peking und Taipei nun endlich die Voraussetzungen gegeben, in "gesichtswahrender" Form die Taiwanfrage zu lösen. Die Interessenlage ist klar: Peking will das "taiwanesisches Volk", wie es heißt, "befreien". Die Kuomintang-Regierung andererseits kann ihren Vertretungsanspruch für ganz China angesichts des Todes der meisten noch 1947 in Nanking gewählten Repräsentanten sowie angesichts der kommunistischen Konsolidierung auf dem Festland weder vor der Weltöffentlichkeit noch vor der eigenen Bevölkerung aufrechterhalten, muß also, da sie sowohl eine "Republik Taiwan" als auch eine "Zwei-China"-Option ablehnt, wohl oder übel einen zukunftsfruchtigen Ausweg finden.

Nun gehört Taiwan mit einem Pro-Kopf-Einkom-

men von 700 US-Dollar, mit einem von Jahr zu Jahr steigenden Außenhandel und mit wachsender Industrialisierung zu den blühendsten Staaten Asiens. Was hätte man von einer Verbindung mit dem Festland schon zu erwarten? Auch sind drei Versuche Pekings zur militärischen Lösung des Taiwan-Problems (Que-moy-Krisen" 1954, 1958 und 1962) gescheitert und werden durch die Lieferung modernster amerikanischer Abfangjäger und Luftwarnanlagen auch in Zukunft erschwert, wenn nicht unmöglich sein. Auch hat sich die "Japan-Formel" (Abbruch offizieller diplomatischer Beziehungen bei gleichzeitiger Intensivierung des Wirtschaftsaustausches, die auch anderen Staaten gegenüber brauchbar wäre, bestens bewährt. Warum also mit Peking verhandeln?

Vier Antworten liegen auf der Hand: Erstens ist Taiwans Haushalt mit der Aufrechterhaltung moderner Kampfverbände in Höhe von einer halben Million Mann auf die Dauer überbelastet. Zweitens verfügt Peking über ein solides wirtschaftliches Störpotential, wie es durch die erzwungene Unterbrechung des offiziellen Luftverkehrs zwischen Japan und Taiwan unter Beweis gestellt wurde. Eine wirtschaftliche Hallstein-Doktrin Pekings könnte, ernsthaft angewandt, das in hohem Maße exportabhängige Taiwan auf die Dauer in die Knie zwingen. Andererseits wäre es denkbar, daß Peking sich gegenüber Taiwan genauso tolerant verhält wie gegenüber Hong Kong und Macao. Warum es nicht einmal auf die Probe ankommen lassen? Drittens sind zwischen beiden Ländern die Beziehungen bei weitem nicht so offen wie zwischen den beiden deutschen Staaten. Selbst ein privater Briefverkehr ist offiziell unmöglich, geschweige denn Handelsbeziehungen oder andere unterhalb der Regierungsebene liegenden Verbindungen. Wenn hier erste Schritte getan würden, ginge die Welt noch nicht unter. Viertens aber ist Taiwan in den letzten Jahren immer mehr isoliert worden und droht nach der Wahl Carters nun auch von den USA verlassen zu werden. Isolierung aber bedeutet gerade in einer so kollektiv geprägten "politischen Kultur" wie China einen auf die Dauer kaum erträglichen Zustand. Die Volksrepublik könnte hier einiges zur Milderung beitragen.

Kuomintang und KP haben im Laufe der Geschichte schon häufig miteinander verhandelt. Man denke an das gemeinsame Bündnis während des Japankrieges oder aber an Maos Verhandlungen mit Chiang Kai-shek im kuomintangbeherrschten Chungking im Jahre 1946. Anlaufstellen für "freundschaftliche Verhandlungen" gäbe es auch heute in Hülle und Fülle. Offen mit Peking zu verhandeln, wäre für Taiwan freilich Selbstmord. Jede Meldung in dieser Richtung muß deshalb energisch und sofort dementiert werden. Auch die Rhetorik beider Partner wird vorerst unverändert bleiben. Taiwans Politik könnte am besten durch Umkehrung jener Formel betrieben werden, die sich im diplomatischen Verkehr etabliert hat: fortiter in modo, suaviter in re.

(57) Parteitag der Kuomintang

Vom 12. bis zum 17. November hat die Kuomintang (KMT) ihren elften Parteitag in Taiwan abgehalten. 860 Delegierte nahmen daran teil. Chiang Ching-kuo wurde zum Parteivorsitzenden gewählt (CJ 17.11.76). Dieses Amt hat er bereits seit April 1975 (seit dem Tode seines Vaters, des Präsidenten Chiang Kai-shek) inne. Damals hatte das ZK der KMT auf einer außerordentlichen Sitzung den Beschluß gefaßt, das

Amt mit der Bezeichnung "Chung-ts'ai" (Generaldirektor) auf immer für Chiang Kai-shek zu reservieren, und gleichzeitig Chiang Ching-kuo zum "Chu-hsi" (Vorsitzenden) gewählt. Diesen Beschluß hat der 11. Parteitag bestätigt (CJ 14.11.76 u.vgl. C.a. Mai '75, S.223 Ü 70). Das neugewählte ZK besteht aus 130 Vollmitgliedern, während das 10.ZK ursprünglich nur 99 Vollmitglieder gehabt hatte. Mehrere jüngere und einheimische Leute sind in das neue ZK eingezogen.

(58) Die Krankheit der Witwe Chiang Kai-sheks

In einem Brief vom 15. Oktober an eine Abgeordnete in Taiwan hat die Witwe des Staatspräsidenten Chiang Kai-shek, Soong Mei-ling, geschrieben, daß sie an einem Zwölffingerdarmgeschwür leide (CJ 3.11.76). Frau Chiang Kai-shek war nach dem Tode ihres Mannes zum ersten Mal im Herbst 1975 in die USA geflogen. In einem Brief an die Öffentlichkeit hatte sie damals geschrieben, daß sie schon seit zwei Jahren krank sei. Um Chiang Kai-shek zu betreuen, habe sie jedoch keine Zeit gehabt, an ihre eigene Krankheit zu denken (vgl. C.a. Okt.'75, S.564, Ü 69). Da sie damals die Art ihrer Krankheit nicht genannt hatte, vermutete man ein Krebsleiden. Es gab auch Spekulationen, daß sie aus politischen Gründen in die USA gereist sei, um dort die Taiwan-Lobby zu stärken, oder daß sie mit dem neuen Machthaber, ihrem Stiefsohn Chiang Ching-kuo, nicht gut auskomme. Zur einjährigen Wiederkehr des Todestages von Chiang Kai-shek war Frau Chiang im letzten Frühjahr nach Taiwan zurückgekommen, im Sommer aber wieder in die USA gegangen. In dem oben erwähnten Brief an die Abgeordnete berichtete Frau Chiang, daß sie sich bei ihrer ersten Reise in die USA wegen anderer Dinge keiner ärztlichen Behandlung habe unterziehen können. Erst kürzlich sei durch eine gemeinsame Untersuchung einiger Dekaden von Ärzten des Hopkins-Krankenhauses die Krankheit als Zwölffingerdarmgeschwür erkannt worden. Sobald ihre Gesundheit es erlaube, werde sie nach Taiwan zurückkehren. (Sicher sind die medizinischen Möglichkeiten in Taiwan nicht so rückständig, daß man Krankheiten wie Zwölffingerdarmgeschwüre nicht ausreichend behandeln könnte!) Frau Chiang Kai-shek ist bereits 76 Jahre alt (nach manchen Quellen sogar 79). Sie ist Vorsitzende des Vorsitzendenkorps des Aufsichtsrats der Kuomintang. An dem 11. Parteitag der Kuomintang im November in Taipei hat sie nicht teilgenommen.

(59) Langjährige Freiheitsstrafen für sieben Dissidenten

Sieben auf Taiwan geborene und dort lebende Geschäftsleute sind am 27.11. wegen politischer Verschwörung vom Militärgericht des Hauptquartiers der Garnison Taiwan zu sieben bis fünfzehnjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden. Das Gericht beschuldigte sie der Verbreitung kommunistischer Literatur und geheimer Pläne zur Stiftung von Unruhe zugunsten eines Überfalls der chinesischen Kommunisten auf Taiwan. Ch'en Mingchung, der - wie ein anderer Mitangeklagter, Ch'en Chinghuo - eine Freiheitsstrafe von 17 Jahren erhielt, soll laut Urteil im Auftrag der chinesischen Botschaft in Japan gearbeitet haben. In dem Prozeß war insgesamt 13 Personen angeklagt worden. Fünf von ihnen wurden freigesprochen. Eine Frau wurde zu drei Jahren Besserungsanstalt verurteilt. Sechs der sieben schuldig erklärten

Dissidenten hatten in den fünfziger Jahren bereits lange Zeit aus politischen Gründen im Zuchthaus gesessen (zur Verhaftung der Dissidenten vgl. C.a.-Nov. 1976, S.590 Ü 54).

(60) Besuch des Außenministers von Uruguay

Der Außenminister von Uruguay, Juan Carlos Blanco, hat vom 3. bis 7.11. einen offiziellen Besuch in Taiwan gemacht. In dem Kommuniqué am Ende seines Besuchs haben er und sein Amtskollege, der nationalchinesische Außenminister Shen Ch'ang-huan, sich für die Stärkung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern ausgesprochen.

Nach den Worten Shens wird Taiwan jährlich 15000 t Sorghum aus Uruguay importieren. Außerdem beabsichtigt Taiwan noch Weizen, Mais und Sojabohnen aus dem südamerikanischen Staat einzuführen. Uruguay begrüßt Industrieinvestitionen aus Taiwan (CJ 8.11.76 u. FCW 14.11.76).

(61) Taiwan liegt in der Exportabhängigkeit an der Spitze

Nach den Worten des Ministers ohne Portefeuille Li Kuo-ting ist Taiwan das am meisten exportabhängige Land der Welt. Der Anteil des Exports am Sozialprodukt in Taiwan betrug 1973 49%. Er wird 1981 noch auf 52% steigen (LH 3.11.76). In den ersten zehn Monaten ds.Js. hat Taiwans Außenhandel nach den Statistiken des Zollamts 12 691,3 Mio. US\$ erreicht. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres verzeichnete er eine Steigerung von 41,5% oder 3.720,6 Mio. US\$. Der Export, der 6.553 Mio. US\$ betrug, ist um 55% (oder 2.324,3 Mio. US\$) und der Import, der sich auf 6.138,3 Mio. US\$ belief, um 29,4% (oder 1.396,3 Mio. US\$) gestiegen. In der Bilanz ergab sich ein positiver Saldo von 414,7 Mio. US\$ (CJ 10.11.76). Aber dieser Exportüberschuß ist teilweise eine Folge des zurückhaltenden Wachstums der Importe. Da die Industrie Taiwans stark von ausländischen Rohstoffen abhängig ist, wird der schleppende Zuwachs bei den Importen später unweigerlich den Export negativ beeinflussen. Das Wachstumstempo des Exports nimmt bereits seit August 1976 ab. Außerdem haben viele Unternehmen ihre Waren nur mit geringem Gewinn verkaufen können, weil sie in der ersten Jahreshälfte einerseits unter der strengen Geldpolitik im Inland und andererseits unter der harten Preiskonkurrenz auf dem Weltmarkt gelitten hatten (LH 11.11.76).

(62) Sonderabgabe auf Taiwan-Importe

Die EG-Kommission hat eine 15%ige Anti-Dumpingsteuer für aus Taiwan in die EG importierte Fahrrad- und Motorradketten angeordnet. Ermittlungen der Kommission hatten ergeben, daß diese Produkte in der Gemeinschaft um mindestens 15% billiger als auf dem heimischen Markt abgesetzt würden. (Süddeutsche Zeitung, 17.11.76)

(63) Grundig baut Fernsehgeräte in Taiwan

Die Grundig-Gruppe (Fürth) wird in Taiwan ein Werk zur Herstellung von Schwarz-weiß- und Farbfernseh-Portables errichten. Das Werk soll in drei Stufen errichtet werden, wobei die erste Phase

ein Investitionsvolumen von etwa 10 Mio. DM aufweist. Vom Grundigwerk wird nicht ausgeschlossen, daß bei vorteilhaftem Geschäftsverlauf langfristig auch ein zweites Werk in Taiwan errichtet werden könnte. Das neue Werk soll in dem von Taiwan staatlich geförderten Exportproduktionsgebiet Nantzu aufgebaut werden und wird zu Beginn etwa 800 Mitarbeiter beschäftigen. Die in Taiwan produzierten Geräte sind primär für den ostasiatischen Markt gedacht, Exporte nach Europa sind nicht vorgesehen. (VWD/NfA, 30.11.76)

(64) US-Business im Zwei-China-Dilemma

Mit Appellen, Drohungen und der Gründung eines neuen Wirtschaftsrates zwischen den USA und der Republik von China versucht die taiwanesisische Regierung das bisherige Modell wirtschaftlicher Kooperation aufrechtzuerhalten. Amerikanische Geschäftsleute, die auch mit der Volksrepublik China ins Geschäft kommen wollen, sehen sich damit vor das Dilemma gestellt, bisher gute Handelsbeziehungen - der US-amerikanische Handel hatte 1975 einen Wert von 3,5 Mrd. Dollar - zu gefährden, um auf lange Sicht möglicherweise größeren Handelsaustausch mit dem kommunistischen China zu erreichen. Die US-Firmen sehen sich dabei nicht nur von Taiwan in die Defensive gedrängt, sondern auch von Peking. Obwohl Peking den US-Firmen erklärte, daß es keine Einwände gegen deren Handel oder Investitionen in Taiwan habe, gibt es Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit, die dieser Erfahrung widersprechen. So wurde neulich die Delegation eines amerikanischen Chemiekonzerns von Peking wieder zurückgeschickt, weil dieser Konzern auch Mitglied im Amerikanisch-Taiwanesischen Wirtschaftsrat war. Ferner haben chinesische Banken kürzlich den Umtausch von Traveller's Cheques der American Express verweigert, weil auch sie Mitglied des Wirtschaftsrates ist. (IHT, 24.11.76)

(65) Neue Ölraffinerie in Betrieb

Die zweite Ölraffinerie der "Chinese Petroleum Corp." (CPC) in Taiwan wurde am 1.11. eingeweiht und hat am selben Tag die Produktion angefangen. Sie liegt in Taoyuan und hat in Zukunft die Aufgabe, den Ölbedarf im Nordteil der Insel zu decken. Das Werk, dessen Bauarbeiten vier Jahre in Anspruch genommen und ein Kapital von 4,69 Mrd. NT\$ (38 NT\$ = 1 US\$) verschlungen haben, hat eine Produktionskapazität, jährlich 320.000 kl Benzin, 480.000 kl Superbenzin, 463.000 kl Flugbenzin, 223.000 kl Diesel, 145.000 kl leichtes Gasöl und 3.359.000 kl Heizöl zu erzeugen. Pro Tag verarbeitet die Raffinerie 100.000 Barrel Rohöl. Die erste Raffinerie der CPC in Kaohsiung hat eine Verarbeitungskapazität von 400.000 Barrel täglich (CJ 2.11.76).